

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Vertriebsstellen entgegen. Unter Berücksichtigung der Postgebühren für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,00 M. jährlich. Porto-Zuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 64.

Die einseitige Kampfbroschüre über Herrn Braun kostet 5,- M. einschließlich Frachtaufschlag. Klein-Kampfbroschüre: Das freigebrachte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Frachtaufschlag. Kleinere Kampfbroschüre laut Tarif. Familien-Kampfbroschüre und Briefchen-Broschüre 3,50 M. netto pro Jahr. Streifen-Broschüre in Wochen-Kampfbroschüre: das freigebrachte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4602, 4635, 4649, 4922.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Imperialismus und internationaler Kampf

Die Konferenz in Wien

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Wien, 22. Februar.

Die internationale sozialistische Konferenz in Wien wurde am 23. Uhr im großen Saal des Arbeiterheims eröffnet. Es sind anwesend 73 Delegierte aus Deutschland, England, Frankreich, Jugoslawien, Lettland, Dänemark, Russland, Schweiz, Tschechoslowakei, Rumänien und von der Poale Zion; außerdem sind viele Gäste erschienen. Die Tribünen und Pressetische sind dicht besetzt. Als Vorsitzende wurden gewählt Adler, Dörmann, Österreich, Grimm, Schweiz, Ledebour, Deutschland, Longuet, Frankreich und Wallhead, England.

Gen. Longuet eröffnet die Sitzung. Nachdem begrüßt Genosse Adler die Konferenz und erinnert in seiner Rede daran, daß im Jahre 1914 in Wien ein internationaler Kongreß stattgefunden sollte, der aber durch den beginnenden Weltbrand, der von Wien seinen Ausgang nahm, nicht zusammenzutreten konnte. Genosse Adler erinnert an das

Ultimatum an Serbien

und begrüßt deshalb besonders die erschienenen serbischen Genossen, deren Haltung im Kriege vorbildlich gewesen sei. (Stürm. Beifall.) Genosse Adler bezeichnet die heutige Konferenz nicht als Internationale, aber auch die Moskauer Konferenz schuf keine Internationale. Unsere Konferenz verfolge, eine Internationale vorzubereiten, wobei wir konsultieren können, daß

ein Drittel des Weltproletariats

vertreten ist. Die Hauptfrage sei jetzt, ein prinzipielles Programm zu schaffen für die gemeinsame Arbeit aller vertretenen Parteien. Adler schließt mit den Worten: Wenn Moskau das Casarenowort befolge und die Parteien spalte, um zu herrschen, so befolgen wir das Wort von Marx, uns zu vereinigen. Die um zu siegen! Genosse Longuet schließt sich Adler an. Die Konferenz will den Kräftepunkt schaffen im Sinne unserer großen Lehren des Sozialismus und so der Internationale dienen.

Wir sehen unsere Hoffnungen nicht auf Moskau mit ihrer Kakenatmosphäre. Moskau schließt die Sozialisten aus und verbindet sich mit Zentur, die keine Sozialisten sind, und es werden können: Anarchisten und Nationalisten des Orients. Ihr Kampf sei berechtigt, ihre Ziele aber hätten mit dem Sozialismus nichts gemein. Die zweite Internationale hat das preisgegeben, was den Stolz der Sozialisten ausgemacht hat. Wir wollen den Geist pflegen, der Marx und Engels erweckte, als sie die erste Internationale schufen. Wir wollen an Jules Guesde und Viktor Adler denken, als sie in Paris die zweite Internationale gründeten.

Darum begrüßt der Bürgermeister Neumann der Stadt Wien namens der Mehrheit des Gemeinderats die Konferenz und wünscht ihr guten Erfolg.

Der Vertreter Serbiens, Genosse Topalowski begrüßt das Wiener Proletariat und verspricht die kräftige Mitarbeit des serbischen Proletariats an der Weltrevolution.

Nach Einsetzung einer Mandatsprüfungskommission wird die Sitzung am Mittwoch früh vertagt. Es folgt die Beratung des Punktes „Imperialismus und internationaler Kampf gegen die Konterrevolution“.

Die Londoner Konferenz

London, 23. Februar.

Nachdem gestern vormittag die alliierten Premierminister in Downingstreet eine kurze Beratung hatten, wurde bekannt gegeben, daß dort verschiedene Angelegenheiten behandelt würden, welche mit dem Versesabkommen im Zusammenhang stehen. Außerdem war beschlossen worden, daß die türkischen Delegierten zu den Verhandlungen eingeladen werden. Sie sollten bereits an der Nachmittagsverhandlung teilnehmen, um ihren Standpunkt auseinanderzusetzen. Das wurde jedoch durch die Krankheit Tewfik Paschas unmöglich gemacht. In Konferenzkreisen hält man diese Krankheit für eine diplomatische und glaubt, daß sie sich nur eingestellt hat, um dem Patienten die Möglichkeit zu geben, Zeit zu gewinnen, damit er sich mit den Abgeordneten von Angora vorher einigen kann. Bekanntlich vertritt man auf der Konferenz zum großen Teil noch immer den Standpunkt, daß zwei verschiedene Delegationen der Türkei zur Konferenz unzulässig sind. Daher erachtet man es für notwendig, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Konstantinopel und Angora zu überbrücken.

Amisierseits wird zu den Vormittagsverhandlungen noch festgestellt, daß die französischen militärischen Sachverständigen die Behauptungen des griechischen Premiers in Abrede stellen. Griechenland könne eine bewaffnete Regelung zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf Grund des Versesabkommens garantieren. Ferner erklärte Briand, er sehe es nicht gern, wenn Griechenland gegenwärtig eine Anleihe im Auslande aufnehme, da er fürchte, daß es dadurch Veränderungen schaffe, welche der Entente schädlich sein könnten.

Dem Reuterschen Bureau zufolge wird in amtlichen Telegrammen aus Sofia berichtet, daß Ende der vergangenen Woche in ganz Bulgarien in großen öffentlichen Versammlungen einstimmig Entschuldigungen Annahme fanden, in denen amtliche Zusaf-

zung Bulgariens zur Londoner Orient-Konferenz zwecks Anhörung der bulgarischen Forderungen verlangt wird. Die ganze bulgarische Presse erklärt einstimmig, Bulgarien habe West-Thrazien den Alliierten abgetreten, und dadurch, daß diese Provinz den Benizelisten Griechenlands ausgeliefert worden sei, ein für alle Male den freien Ausgang zum Meere verloren. Die in Bulgarien augenblicklich befindlichen obdachlosen notleidenden 200 000 Flüchtlinge aus Ost- und West-Thrazien fordern das Recht der Volksabstimmung und daß ihre Heimstätten unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Briands Programm

Paris, 23. Februar.

Der Londoner Sonderberichterstatter der Havasagentur meldet, Ministerpräsident Briand sei der Ansicht, die Konferenz von London sei dazu bestimmt, die Pariser Entscheidungen zur Ausführung zu bringen. Man könne sogar neue Fortschritte erwarten. Die Aufgabe sei schwierig, aber die Alliierten wollten einmütig die genaue Ausführung des Friedensvertrages. Briand komme deshalb mit einem Gefühl des Vertrauens nach London. Die in Paris getroffenen Entschlüsse über die Reparationen und die Entwaflnung seien nicht zufällig, sondern die Frucht eingehender Arbeit der berufensten Sachverständigen. Wiederholt habe die englische Regierung erklärt, kein Versuch, die Entscheidungen von Paris abzuändern, würde gelingen. Das sei auch der französische Standpunkt. Man suche in Frankreich nicht das Unmögliche. Der französische Ministerpräsident glaube nicht daran, daß es notwendig wäre, zu den verschiedenen Zwangsmaßnahmen Zusage zu nehmen, die die Alliierten schließlich hätten für den Fall, daß Deutschland keine Verpflichtungen nicht erfülle. Wenn aber unglücklicherweise man doch dahin kommen müsse, dann müsse Deutschland sich das selbst zuschreiben.

Der französische Wiederanbauminister Louchet ist zur Teilnahme an der interalliierten Konferenz in London eingetroffen. Er erklärte, daß er in Gegenwart der deutschen Vertreter keinesfalls seine Zustimmung zu irgendwelchen Äußerungen der Pariser Abmachungen geben würde. Nur über einen Zahlungsmodus dürfe man in nützlicher Weise in London verhandeln.

Die Entschädigungsfrage

Str. Paris, 23. Februar.

Der „Temps“ beschäftigt sich mit der Frage der deutschen Zahlungen. Das Blatt erklärt: Vor dem 1. Mai muß Deutschland 20 Milliarden Goldmark zahlen. Davon sind etwa 8 1/2 Milliarden bereits gezahlt, von diesem Betrag aber sind 360 Millionen für die Vorläufige bestimmt, welche man in Spaa vereinzelt, 4 Milliarden für die Rückzahlung der Besatzungskosten und 3 Milliarden für die Rückzahlung der Summe, welche Deutschland für Nahrungsmittel und Rohmaterialien zu zahlen hat. Demzufolge bleibt nur eine Milliarde für die Wiederherstellung übrig. Das Blatt verlangt zu wissen, welche Maßnahmen die Alliierten treffen werden, um Deutschland zu zwingen, die 19 Milliarden vor dem 1. Mai zu zahlen.

Zwischenfall im sächsischen Landtag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Dresden, 23. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Landtags kam es zu einem charakteristischen Zwischenfall. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag der Kommunistischen Partei, der von den beiden anderen Arbeiterparteien unterstützt wurde, auf das Reich einzuwirken, daß der Religionsunterricht aus der Volksschule entfernt wird. Schon bei der ersten Beratung dieses Antrags, die vor einigen Wochen stattfand, hatten sich die Bürgerlichen einmütig und mit schwerem Gefühl gegen ihn gewendet. Gestern waren sie besonders zahlreich vertreten. Schon lange verjagten sie den Antrag, daß sie nur mit zwei Stimmen in der Minderheit sind, auszunutzen, um dem sozialistischen Kurs in Sachen Schwierigkeiten zu bereiten. In allen entscheidenden Sitzungen sind sie zahlreich vertreten, und das verpflichtet die Arbeiterparteien, gleichfalls auf dem Posten zu sein. Gestern waren 43 Vertreter der drei sozialistischen Parteien und 44 bürgerliche anwesend. Dadurch war bereits ein Antrag der Regierung, 500 Millionen Mark für notwendige Kredite zu bewilligen, abgelehnt worden. Bewilligt wurden nur 250 Millionen. Dieser Vorstoß der Bürgerlichen richtete seine Spitze gegen die sozialen und kulturellen Bestrebungen der Regierung, ganz besonders dagegen, daß sie sich verpflichtet, für den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge zu wirken. Am den Antrag bezüglich des Religionsunterrichts vor gleichem Schicksal zu bewahren, beantragten die sozialistischen Parteien namentliche Abstimmung, sowie deren Verschiebung. Als dies abgelehnt wurde, verließen sie demonstrativ den Saal. Dadurch wurde die Beschlussfähigkeit des Hauses herbeigeführt und der bürgerliche Plan durchkreuzt. Bei der heutigen Abstimmung werden sie nun sicher dadurch, daß alle Arbeiterabgeordneten erscheinen, arg enttäuscht sein. Der Vorgang beleuchtet blühartig die Schwierigkeit der sozialistischen Tätigkeit in Sachsen.

Unwetter in New-York. Ein furchtbarer Schneesturm, der ärgste seit etwa 20 Jahren, wütete am Dienstag in New-York. In kurzer Zeit lag der Schnee über einem Fuß hoch. Der Bahnverkehr nach den Vororten ist gestört. Zehn Personen kamen infolge des Unwetters ums Leben.

Die Kommunistische Partei Oberschlesiens und das Plebiszit

Von Gewerkschaftssekretär Jajza, Gleiwitz D.-Schl.

Die Kommunistische Partei Oberschlesiens hatte von der Gewerkschaft in Berlin den Befehl erhalten, für die Volksabstimmung in Oberschlesien die Wahlparole: „Für Gewerkschaft“ auszugeben. Diese Parole wurde von den oberstelektischen Kommunisten aber nicht befolgt und sie hat dann, wie wir bereits mitgeteilt haben, zu einer Spaltung der Partei geführt. In der in Oberschlesien heute in mühsamer Arbeit befindlichen. Der bisherige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Oberschlesiens, der sich eine Zeitlang Anhänger der Parole der Gewerkschaft war, nimmt nun in dem nachfolgenden Artikel unter Berücksichtigung der in Oberschlesien bestehenden Verhältnisse zum Problem der oberstelektischen Volksabstimmung Stellung.

Es geht sich auch bei dieser Gelegenheit, daß die Kommunistische Partei verlor, wenn sie mit den wirklichen Verhältnissen des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Oberschlesien nicht übereinstimmt. Umso mehr ist bei solchen Gelegenheiten Versehen aus, die von ihren eigenen Anhängern nicht befolgt werden und die Verwirrung im Lager der Arbeiter noch vergrößern, aber sie auch die Taktik befolgen, die sie noch als reformistisch zu brandmarken pflegt. Der Verlust der Kommunistischen Partei in Oberschlesien, der in längerer Zeit ein Scheitern in Werten erlitten hat, dürfte sich nach allen Seiten der politischen Entwicklung nach ihrer Schicksalsfolge bei den Verhandlungen in nicht allzuferner Zeit auf das ganze Reich übertragen.

Die Kommunistische Partei Oberschlesiens hat bekanntlich die Parole ausgegeben, daß die Arbeiterschaft in Oberschlesien sich beim Plebiszit über die künftige staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens der Stimme enthalten soll. Sie fordert in dieser Frage straffe Parteidisziplin. Die Argumente, mit denen die Stellungnahme begründet wird, müssen näher beleuchtet werden, damit die breite Masse der Arbeiterschaft sich selbst ein Urteil darüber bilden kann. Politische Schlagworte tun es in dieser Frage nicht. Das beweist schon der Umstand, daß, obwohl von den Funktionären dauernd darauf hingewiesen wird, daß den Kommunisten das Plebiszit nichts angehe, die Diskussion über diesen Punkt nicht aufhört. Es kann und darf selbstverständlich nicht Aufgabe dieses Artikels sein, Stimmung für ein bestimmtes Land zu machen. Die Propaganda wirkt suggestiv und ich möchte durch diesen Artikel niemanden suggerieren, für welches Land er sich entscheiden soll. Diese Frage genügt sachlich zu untersuchen, würde auch weit über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen.

Die K. P. D. sagt, dieses Plebiszit sei ein bürgerliches Schwindel. Die Kommunisten seien gegen jeden Staat. Der Arbeiter, Proletariat habe sich darum nicht zu kümmern. Durch Plebiszit solle nur festgestellt werden, ob die Arbeiter von deutschen oder polnischen Kapitalisten ausgebeutet werden sollen. Es wäre falsch, bei dieser Frage zu untersuchen, in welchem Lande dem Proletariat mehr Kadenschläge verfehlt werden. Es sei notwendig, die Weltrevolution herbeizuführen, durch die die Arbeiterschaft und alle Unterdrückten allein Befreiung finden könnten usw. usw.

Gewiß, jeder Satz ist eine politische Wahrheit, es ist aber trotzdem nicht möglich, mit diesen Binsenwahrheiten die Plebiszitfrage so abzutun, daß die oberstelektische Arbeiterschaft dadurch reiflos befriedigt werden könnte. Wer halb nicht? — weicher Glaube, der inbrünstige Glaube, daß die Weltrevolution bald, möglichst noch in diesem Jahre oder im übernächsten Jahre kommt, den Massen fehlt. Sie soll kommen und sie muß kommen. Es ist nur noch eine Frage, ob sie so kommt, wie die K. P. D. sie braucht auf Grund ihrer Taktik im politischen Kampf. Die ökonomischen Bedingungen lassen sich nicht in den Rahmen einer straffen Parteijorganisation zwingen. Im Gegenteil, sie zwingen die Parteijorganisationen dazu, sich nach der ökonomischen Entwicklung zu richten. Das ist Marxismus. Es ist konsequent für einen Kommunisten, den bürgerlichen Staat zu negieren und noch konsequenter, den Staat überhaupt zu negieren. Aber damit ist der Staat nicht beseitigt. Er lebt, er schafft seine Gesetze so, wie die Bevölkerung sie zu schaffen gestattet in mehr oder weniger reaktionärem Sinn. Daran ändert alles Regieren nichts.

Das ist der Gesichtspunkt, von dem aus die dritte Internationale von den ihr angeschlossenen Parteien fordert, daß sie sich an allen Wahlen der bürgerlichen Staaten zu den entscheidenden Körperschaften, zu den Stadtverordneten, Gemeinderatswahlen usw. beteiligen sollen. Die gewählten Vertreter sollen diese Tribünen dazu benutzen, um das Proletariat über das Joch der kapitalistischen Wirtschaft, über die Unzulänglichkeit der „demokratischen“ Parlamente und über die Rechtlosigkeit des Proletariats in den bürgerlichen „demokratischen“ Staaten aufzuklären. Das kann aber nicht der einzige Grund sein und ist auch nicht der einzige Grund. Es ist und soll mit den Aktionen im Parlament auch die Aktion der Masse verbunden sein. Was soll diese Aktion? Soll sie den Staat stürzen? Wenn möglich, d. h., wenn die Grundbedingungen dafür herangereift sind, ja. Wenn diese Grundbedingungen aber noch nicht erfüllt sind, so soll dadurch ein Druck auf das öffentliche Gewissen ausgeübt werden, um die Gesetzgeber zu Konzessionen zu veranlassen. Durch einen solchen Druck, eine solche Aktion wurde die Regierung und die deutsche Nationalversammlung gezwungen, das Betriebsrätegesetz einzubringen. Es genügt diese Feststellung, ohne daß ich mich über die Qualität dieses Gesetzes auslassen will.

Wenn man also bei den Wahlen zu den weniger bededeutenden Körperschaften so verfährt, so ist logischerweise nicht

einzuweisen, warum man bei der Volksabstimmung über die Zugehörigkeit eines Landesteils anders verfahren will. Wird denn dadurch die erste Westrevolution nur um einen Tag verzögert? Durchaus nicht. Die Bereitschaft zur Westrevolution liegt im Geist der Massen und der dazu zweckmäßigen Organisation des Parteiapparates. Ob der Parteiapparat jetzt so ist, daß er die höchste Bereitschaft der Massen sichert, ist ebenfalls eine Frage, die hier nicht erörtert werden soll. Das Plebiszit wird stattfinden trotz allen Regierens. Es wird stattfinden, gebildet durch Tanks und Maschinengewehre und durch starke Truppenaufgebote der Entente. Die R. V. D. wird es nicht verhindern können. Ein solcher Versuch wäre sinnlos, schon deswegen, weil nicht die gesamte Arbeiterschaft des Landes hinter ihr steht, sondern nur ein Teil von ihr. Das Plebiszit wird also so ausfallen, wie es ausfallen muß ohne Hilfe eines Teiles der Arbeiterschaft, die sich schmolzend und weiternd in den Winkel stellt. Alle Phrasen ändern daran gar nichts.

Ist es denn aber für das Proletariat eines Landesteils, über dessen zukünftige Staatsangehörigkeit das Plebiszit entscheidet, gleichgültig, zu welchem bürgerlichen Staate es, wenn auch nur vorübergehend, gehört? Das ist durchaus nicht gleichgültig. Wenn z. B. die Verfassung eines Staates die politische Propaganda der revolutionären Partei legal gestattet, ist es für die Arbeiterschaft viel leichter sich zu organisieren und sich vor zu scharfer Ausbeutung zu schützen. Damit wird der gute Geist lebendiger erhalten, als wenn die Ausbeutung so scharf ist, daß die Arbeiterschaft zum Lumpenproletariat herabsinkt, wie es in manchen Teilen Europas der Fall ist. Es ist auch für das Proletariat nicht gleichgültig, ob seine besten Köpfe und Führer in Gefängnissen vermodern und die Bewegung auf lange Zeit abgemürtet wird. Auch ist es nicht gleichgültig, ob starrer Militarismus herrscht, oder ob die Dienstpflicht abgeschafft ist. Es ist dies um der heranwachsenden Generation willen nicht gleichgültig. Ich hätte keinen Sinn dafür, wenn ich Söhne hätte, diese dem Moloch Militarismus zu opfern, wenn es auch nur vorübergehend wäre. Vielleicht sogar zu dem Zweck, daß sie helfen sollen, meine kommunistischen Brüder abzuwürgen.

Die Zugehörigkeit eines Landesteils ist für das Proletariat auch um der sozialen Gesetzgebung willen nicht gleichgültig. Der Staat ist noch bürgerlich-demokratisch-kapitalistisch. Bin ich mit meiner Familie in Krankheitsfällen dem äußersten Elend preisgegeben, selbst wenn es nur auf einige Monate wäre, so leiden die Meinen bitterste Not und sind in tiefstem Elend. Dies kann und darf auch einem Revolutionär nicht gleichgültig sein, ihm erst recht nicht. Er soll und muß sich seiner Pflicht in erster Linie den Seinen gegenüber bewußt sein. Mangelte es ihm daran, so kann ich nicht glauben, daß er Pflichtbewußtsein gegenüber der Masse hat.

Alle diese Argumente sind so schwerwiegend, daß sie unter keinen Umständen außer acht gelassen werden dürfen.

Das Plebiszit hat aber auch eine weltgeschichtliche Bedeutung. Revolutionäre oder konterrevolutionäre Bedeutung. Revolutionär, wenn durch ihren Ausfall ein reaktionärer, militaristischer Staat geschwächt wird, der infolge seiner militaristischen Struktur eine Gefahr für einen revolutionären Staat bildet; konterrevolutionär dann, wenn dieser Staat so gestärkt wird, daß er seine reaktionäre militaristische Stoßkraft braucht und dadurch die Revolution in einem andern Staate abwürgt. Ich glaube, daß nichts in meinen Ausführungen unkommunistisch oder unsozialistisch ist. Oberhalb des Proletariats, in deinen Händen liegt die Entscheidung!

Die Kaiserzeugung im Elsaß. Während des Jahres 1920 wurden, laut Journal of Commerce and Commercial Bulletin, im Elsaß gegen 20.000 Tonnen Kalk erzeugt, fast ein Fünftel der Weltproduktion und mehr als die doppelte Menge gegenüber dem Vorjahre (90.000 Tonnen). Man hofft, in fünf Jahren auf eine jährliche Erzeugung von etwa 600.000 Tonnen zu kommen. Die Kalklager bedecken eine Fläche von rund 180 Quadratkilometer. Die Gewinnung der Kalkfäule gestaltet sich viel einfacher als bei den deutschen Lagern, da das Rohmaterial nur geringe Mengen Magnesiumsalze enthält.

Der neue Reichstag

Die Reichstagswahl in Ostpreußen und Schleswig-Holstein hat auch eine Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstags gebracht. Unter Berücksichtigung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom 6. Juni 1920 ergibt sich folgende Zusammensetzung:

	bisher	künftig
U. S. P. D.	59	61
S. P. D.	113	108
R. V. D.	24	26
Demokraten	45	40
Deutschnationale . .	66	71
Deutsche Volkspartei .	62	75
Zentrum	67	68
Welfen	5	5
Bayr. Volkspartei . .	21	21
Bayr. Bauernbund . .	4	4
	466	469

Von den sozialistischen Parteien haben demnach die S. P. D. 5 Mandate verloren; U. S. P. D. und R. V. D. haben je 2 Mandate gewonnen. Die Demokraten haben 5 Mandate verloren, während die Deutschnationale Volkspartei 5 und die Deutsche Volkspartei 3 Mandate gewonnen hat. Da die Wahlen nur in zwei Provinzen stattgefunden haben, ist der Rud nach rechts nicht ganz ohne Bedeutung. Er zeigt den Arbeitern, daß sie große Anstrengungen zu machen haben, um jene Schichten zu gewinnen, die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören, heute aber noch bürgerlich wählen.

Ein Prophet

In seinem Blatte, der „Deutschen Zeitung“, schreibt der Pastor Raurenbrecher:

„Das Ergebnis ist so, wie man es erwarten konnte. Zwischen der Nationalwahl und der Reichstagswahl im vergangenen Sommer waren die nationalen Parteien von 134 auf 276 zum Hundert der abgegebenen Stimmen gestiegen. Dies Steigen ist weiter gegangen. Aber kein Verständiger konnte erwarten, daß wir bereits in einem halben Jahre den Sprung bis über 50 vom Hundert der Wählerkraft machen könnten. Wir wissen, daß unsere Welle steigt. Vom November 1918 bis heute ist sie andauernd und stetig gestiegen. Sie wird weiter steigen. Bei der nächsten Wahl im Reich oder in Preußen werden wir über 40 vom Hundert der Wählerkraft zählen, bei der übernächsten Wahl werden wir endgültig gestiegen haben. Darum Mut und Vertrauen, auch wenn heute noch die alte Regierungsmehrheit, lahm und blau geschlagen, auf Krücken noch einmal in die Ministerstühle hineinhumpelt.“

Aber auch Vorsicht, daß nicht von den nationalen Parteien jetzt ein entscheidender Fehler gemacht wird, der den günstigen Gang der Welle in Zukunft noch einmal aufhalten könnte! Diese Prophezeiungen verbergen nur schlecht die Enttäuschung der Reaktion über den Ausgang der Wahlen. „Kein Verständiger konnte erwarten“, schreibt der Mann, daß die Reaktion entsprechend liegen werde, aber die Unverständigen, die die Parteien der Rechten bilden und führen, haben es erwartet, wie ihr ganzes Gebahren gezeigt hat. Drollig ist es aber, daß diese Feinde der Demokratie plötzlich ihre ganze Hoffnung auf die Waffe des demokratischen Wahlrechts legen. In diesem Zeichen hoffen sie zu liegen.“

Vom Völkerbund

Zwei Noten der Vereinigten Staaten

St. Paris, 23. Februar.

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich gestern mit der Frage der Mandate und behandelte im Zusammenhang damit zwei Noten der Vereinigten Staaten. Die erste Note beschäftigt sich mit der Insel Yap im Stillen Ozean. Das Mandat über diese Insel soll Japan überwiegen werden. Die Vereinigten Staaten stellen sich auf den Standpunkt, daß diese Insel besonders für Amerika wichtig ist, weil sie der Knotenpunkt der Telegraphenlinien im Stillen Ozean ist. Die Vereinigten Staaten werden daher nie zustimmen, daß diese Insel an Japan gegeben wird. Deshalb erneuert die amerikanische Regierung ihre Proteste dagegen. In der zweiten Note verlangt die amerikanische Regierung eine Erklärung der französisch-belgi-

sehen Abmachungen bezüglich der Petroleumquellen in Mesopotamien. Amerika verlangt schließlich, daß in den Mandatargebieten alle alliierten und assoziierten Mächte gleiche Handels- und Verkehrsrechte haben sollen.

Es wurde dann weiter ein Ausschuss gebildet mit dem Auftrage, die Anwendung des Artikels 16 des Statuts zu prüfen, welcher die wirtschaftliche Blockade im Falle eines Vertragsbruchs betrifft. Dieser Ausschuss wird Vertreter von Frankreich, Italien, Japan, Norwegen und der Schweiz umfassen. Der Rat befahte sich weiter mit dem Frauen- und Kinderhandel und entschied, daß eine Konferenz in der letzten Juniwoche in Genf zusammenzutreten soll.

Der Entscheidung, Deutschland zur Transportkonferenz nach Barcelona einzuladen, ging eine äußerst bewegte Debatte voraus. Leon Bourgeois bestand auf der Bedingung, daß Deutschland zum Völkerbundsrate nicht zugelassen werden sollte, falls es das Abkommen von Paris nicht unterzeichne. Auf Intervention des italienischen Mitgliedes, Professors Attolico zog schließlich Bourgeois seinen Antrag zurück.

Nach einer Hausanhörung stellte der Völkerbundsrat auch den Wortlaut des Antwortschreibens auf die deutsche Mitteilung bezüglich Eupens und Malmédys fest. Die Antwort erinnert an die frühere Entscheidung des Rates, welche den endgültigen Übergang dieses Gebietes an Belgien anerkennt.

Hardings Kabinett

Das amerikanische Kabinett ist vom Präsidenten Harding endgültig gebildet worden. Zum Staatssekretär wurde Charles Hughes ernannt. Er war früher Gouverneur von New-York und Mitglied des obersten Gerichtes der Vereinigten Staaten. In das Kabinett tritt auch als Staatssekretär Andrew Williams Kelone ein. Er war ehemals Bankier und Assessor der Firma Henri Ford. Weitere Mitglieder der neuen Regierung sind George Wood Wingate als Staatssekretär des Krieges, ehemaliger Advokat und Bauunternehmer bei der Brooklyn-Eisenbahn. Harry Daugherty als Attorney General, ehemals Mitglied des amerikanischen Friedenskomitees. Albert Fall als Staatssekretär für Inneres, früher Senator und Mitglied des obersten Gerichtes, früher Staatssekretär unter dem Präsidenten Taft. Edwin Denby als Marineattaché, früher Mitglied des Repräsentantenhauses. Henry Wallace als Staatssekretär für Ackerbau, Herbert Hoover als Staatssekretär für Handel und James Cogh Davis als Staatssekretär für Arbeit.

Die Vorgänge im Kaukasus

Entgegen der georgischen Darstellung werden die neuesten Vorgänge im Kaukasus von der Sowjetregierung in solichem Lichte geschildert, als handelte es sich lediglich um einen armenisch-georgischen Zusammenstoß, mit dem die russische Sowjetregierung nichts zu schaffen habe. Gleichzeitig meldet indessen die Moskauer „Wostok“, daß in Georgien selbst ein Teilantritt gegen die georgische Regierung beginne; die georgische Regierung habe es abgelehnt, bei den Verhandlungen mit den Russen die Vermittlung des Vertreters Sowjetrußlands anzunehmen. Daraufhin hat die Moskauer Sowjetregierung Entschlüsse als Vertreter des armenisch-georgischen Konfliktes entfallen. Nichtsdestowen hofft, daß es gelingen werde, einen Zusammenstoß zwischen Armeidshan und Georgien vorzubeugen. — Zwischen Georgien und der türkischen Angoraregierung ist, nach den Moskauer „Wostok“, eine Einigung zustande gekommen. Georgien soll dabei die Souveränität der Türkei über Rans und Ardahan anerkannt haben.

Kerfion im Marburger Prozeß. Gegen die Entscheidung der Strafkammer, die auf Grund des Amnestiegesetzes das Verbrechen gegen die Marburger Heldenjünglinge einstellte, haben sowohl der Staatsanwalt als auch der Vertreter des Nebenklägers Kerfion eingeleitet. Früchten wird das natürlich nichts. Denn eine Kräfte hat der anderen kein Auge aus, und den sieben Marburgern, die sich um den Kopf-Bußsch so verdient gemacht haben, wird auch die Revolutionskritik kein Haar krümmen.

Aus dem Saargebiet. Eine von den großen Organisationen der Eisenbahner, nämlich dem deutschen Eisenbahnerverband, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, und dem Allgemeinen Eisenbahnerverband, einberufenen außerordentlichen stürmisch verlaufene Versammlung schloß einstimmig die Entscheidung, bei der Regierungskommission sofort die Einführung der Frankensöhne zu fordern.

Expressionistisches Theater

Shakespeares „Sturm“: Staatstheater Die Jungfrau von Orleans: Deutsches Theater

Die expressionistische Bühnenkunst ist bisher über ihre ersten großen Verwirklichungen (Bergers Inszenierung von „Merlin“ in der Volksbühne, Martins Inszenierung von Tolsters „Mandelung“) nicht hinausgekommen. Die „jungen“ Dichter sind den Erwartungen unverständiger Optimisten alles schuldig geblieben und das klassische Drama hat der neuen Theaterkunst bisher wenige Unterlagen geboten. Werke von hohem Stil und gedanklicher Innigkeit — Wesentliches des Expressionismus! — kommen dafür allein in Frage. Berger hat es jetzt mit Shakespeares „Sturm“ versucht. Ein schwaches Gelingen. Die Jungfrau von Orleans, unter Martin als Regisseur und Bruno Laut als Architekt, war dagegen von Anfang bis zu Ende ein Wunder. Schillers schwächstes Stück wurde durch Striche und Stil eine Hellsicht, die aus blasser Morgenämmer emporsteigt und in einer Himmelfahrt endigt. Der Schluss des ersten Aktes, da Johanna unter Glockengeläute ganz allein weit von unten auf den königlichen Schloßsaal auftritt, bis zum Aktluß, da sie wie eine Reifene den englischen Herzog umkreist und davonläuft: das Stärkste, das seit langem auf Berliner Bühnen gezeigt wurde. Als der Vorhang fiel, machte sich im Dunkel eine geradezu qualende Spannung in tosendem Beifall Luft. Man fühlte etwas erschütternd und bezwingend Ganzes. Ein neues Kapitel der Theatergeschichte hatte begonnen (nicht schon bei Richard III. im Staatstheater).

Der „Sturm“ ist das geistigste von Shakespeares Werken; das philosphischste Drama neben dem „Faust“. Die Elemente der Handlung dienen nur dazu, eine reif und weise gewordene Weltanschauung zum Ausdruck zu bringen. Wie stets bei Shakespeare ist auch hier das verlebte Geistes der feudalen Legitimität wieder herzustellen. Ein vertriebener Herzog, angemaßte Herrschaft des treulosen Bruders, eine von tömischen Sinnen durchlöcherne Handlung, die dem legitimen Herzog den Weg zum Throne öffnet. In keinem seiner Dramen liegt Shakespeare weniger an der Handlung und den Charakteren. Der vertriebene Herzog ist auf einer menschenlosen Insel der Herr aller mächtigen Kräfte geworden, mit deren Hilfe er die Wurzeln seines Thrones auf die Insel lockt und säuert. Magische Luftgeister und Wüst wandeln Elender in Bürger.

Was Shakespeare hier gibt ist reiner, beinahe körperloser Geist. Deshalb hält sich das Drama trotz einiger wirksamer Szenen nicht auf der Bühne. Es ist ja nur Einbildung, daß das Drama die Bühne „braucht“. Die besten Werke werden selten, gut nie gespielt und erhalten sich trotzdem durch Jahrhunderte. Die Bühne kann Shakespeares Visionen nur plump übersehen, denn die Geister des „Sturm“ sind zeitliche, nicht sinnliche Gestalten, sind Gefühl und Traum und körperlose Gewalten, „himmliche Klust“, zu wandeln ihre Sinne, wie die lustige Regie vermag.

Der Herzog, der dies auf seiner Gelfterinsel spricht, ist Shakespeares reise Weltüberwindung selbst. Wie die Gelfter in dünner Luft aufgelöst sind, so weiß er, daß „die wolkenhohen Türme, die Paläste, selbst der große Ball (d. h. die Erde) untergehen und spurlos verschwinden werden“. Das Leben ist ihm ein Traum. Wir selbst, wie er in Shakespeares süßer Sprache sagt, sind Stoff zu Träumen, „und dies kleine Leben umfaßt ein Schlaf“, der Tod.

In diese Dichtung der hohen und wissenden Weltentlassung hat Shakespeare in drei Gestalten Ideen von Besitz und vom selbstigen Leben eingeführt, die gerade uns als Sozialisten jenseits. Am höchsten steht der vertriebene Herzog Prospero. Er entsagt dem Besitz und strebt seinen legitimen Thron nicht um der Macht willen, sondern nur zur Erlangung eines sittlichen Prinzips an. Seine einzige Macht ist sein Buch, sein Wissen. Sein Gegenpart ist das tierartige Ungeheuer Caliban. Er, der niedrige im Stütz, hat keinen anderen Trieb, als den zu herrschen zu besitzen. In den klingenden Gelfterstimmen der Insel, die doch nur reine Klust sind, glaubt er goldene Schätze klumpen zu hören und er heult, erwaßt vor Sehnsucht nach den Träumen, die ihm diese Schätze zeigten. Es ist ein eigenartiges Elend. Zu den Vertriebenen gehört ein vornehmer Hofmann Gonzalo. (Er wurde fälschlich als tömische Figur gespielt). In allem Unklug lockt es ihn, auf dieser Insel ein Zukunftsreich, ein — sozialistisches Elend zu gründen. Hundert Jahre nach der „Utopia“ seines Landmannes Morus, entwirft Shakespeare das Bild eines Zukunftsreiches, das wie romantischer Kommunismus der letzten prefigischen Phale klingt. Man höre nur: „Keine Art von Handel erlaubt ist, keinen Namen eines Amtes; Gelährtheit sollte man nicht kennen; Reichtum, Dienst Arbeit gibt's nicht; von Vertrag und Erbschaft nichts; auch kein Gebrauch von Korn, Wein, Öl, Metall, kein Handwerk; alle Männer mächtig; die Weiber auch, doch völlig rein und schuldlos; kein Regiment. Gemeinsam allen brächte ihre Frucht Natur ohne Mühe und Schwel. Verant. Betrug, Schwerk. Speer, Geschütz. Notwendigkeit der Waffen gibt's nicht bei mir; es erlaube die Natur alles nach seiner Art in Hüll und Fülle, mein schuldlos Volk zu lehren. So ungemein wolle ich regieren, daß es die goldene Zeit verdunkeln sollte.“ — Es ist wirklich alles bei Shakespeare zu finden, was die Menschheit bis heute gedacht hat!

Dieses Werk, zum Lesen eine einzige Köppligkeit, ist auf dem Theater verloren. Keine Aufführung kann den eigentlichen Wert des Stückes erschließen, auch die expressionistische nicht, da sie ja die Urgehe des Theaters nicht aufheben kann.

Im „Sturm“ finde ich nun vor und nach der Aufführung auch nicht die geringste Möglichkeit zum Expressionismus, wie überhaupt im ganzen Shakespeare nicht. Der Sinn der expressionistischen Bühnenkunst kann nicht in äußeren Modifikationen, sondern nur in einer Erneuerung von innen heraus, in einem verkürzten, aber vertieften Ausdruck bestehen. Die expressionistische Regie muß sich daher entweder an das neue Drama halten oder an solche Dichtungen, die mindestens einen stofflichen Zusammenhang zum Wollen des Expressionisten haben. Das Experiment mit der Jungfrau von Orleans ist geirrig, weil der

Glaube und die Inbrunst der Selbts als Gott gebendet werden durfte. Zwischen dem „Sturm“ und dem Expressionismus gibt es nur eine ganz äußerliche Verbindung, nämlich das Exotische. Hier genügt es nicht. Denn während die Exotik für den Expressionismus Primitivität, Form und Farbe bedeutet, ist sie im „Sturm“ nur ein Sinnbild. Shakespeares Insel liegt in keiner Südhsee, sondern im Geiste, in uns selbst. Berger konnte an Expressionismus daher nicht viel mehr bieten, als die von Rudolf Bamberger geschaffenen Bühnenbilder, die die Insel wie einen noch unberührten in graugrün und rosa Wellenlinien erstarrten Urstoff malten. Die Regie kann das Elend vom Sturm umdrängen oder lustiger lassen. Berger gab ein Elend mit Gelfterstimmen im luftleeren Raum. Er hätte noch viel lustiger sein können.

Schauspielerisch wurde der expressionistische Stil in einigen fahigen Traumbewegungen markiert. Es wurde wie stets unter Berger gut, mit Anfängen eines neuen Pathos gesprochen. Das war aber auch alles. Einer expressionistischen Durchdringung entzog sich die Dichtung und das schauspielerische Material. — In den Mittelpunkt der Aufführung wurde durch eine Glanzleistung von Jeth Kottner das niedrigste Wesen des Stückes gerückt. (So kann selbst gutes Theater den Sinn der Dichtung fälschen!) Kottners Caliban war ein eifrig beharrter, sturkender, überlebens Arwaldmensch, mit dem Kopfe eines vertriehenen Reienjünglings, ein Wesen, das durch seine schmerzliche Sehnsucht nach Besitz und seine töpplische Unmenschlichkeit rätherte. Diese ganz vollendete Leistung wurde von den Komitern Hirsch und Kerfion umarmt. Die Hofwelt war matt, ihr hatte die Regie am meisten. „Expressionismus“ betragte. Decarli muß schließlich anders beschäftigt werden (im Zutragantenisch), sonst verliert er vollkommen. Sein Prosopros war ein Reihobitenprediger, der Zauberartstücke macht — eine Figur ohne die Klust von Shakespeares weiserer Dichtung.

Shakespeares Jungfrau (in „Helnic VI.“) ist die einzige, die als Heilige, Arlelerin und Weib blutvoll lebt. Schiller hat sie Aug am Aug kopiert, aber zum blutlosen Schemen seines schwächsten Dramas gemacht, das selbst der bößliche Goethe nur schreiben konnte. „es ist so brav, gut und schön, daß ich ihm nichts zu vers gleichen weiß.“ (Die Töfel, die bei uns Literaturgeschichte treiben, nennen das ein „herliches Lob“). Ich danke schön! Schillers Jungfrau hat trotzdem die Größe, die ihr Dichter als eine eifrige Persönlichkeit immer hatte, nach demselben Goethe im Staatsrat, beim Töelich und selbst beim Rätselweiden. Auch dieses Drama ist von keinem Idealismus gelichtet, der überall in der Geschichte das Wollen des Sittlichen gelüßt, gefunden und sich daran herausläßt hat. Keine Vorstellung kann diese Kraft verderben oder gar verderben. Auch Paul Hartmann war durch den Expressionismus nicht zu halten. Sein Graf Dunsch sprengte als hinreichender Sprecher von Schillers schönem an die Menschheit die Gebundenheit des ihm auf. expressionistischen Stiles, der wohl dem als Ganzes so verschleien und haltlosen Werk eine neue, irrige Form schaffte, aber Schillers doch, wo er wahrhaft schöpferisch ist, natürlich nicht Herr werden konnte. Das expressionistische Experiment von Karlheinz Martin und Bruno Laut nahm sich sein Recht aus der unerschütterlichen

Die Regierungsbildung

Schmod hat gute Tage. Das Rulssengeflüster über die Regierungsbildung in Preußen verstärkt sich. Schmod ist also in der glücklichen Lage, dem geneigten Leser täglich ein neues Geheimnis anzudeuten und mit seiner intimen Kenntnis der großen Pläne politischer Denker zu prunken. Wie ist doch die Zeitung so interessant.

In Wirklichkeit ist das ganze Geraune über die Regierungsbildung in Preußen eine üble politische Mache mit bestimmter Absicht, die man nur allzu deutlich merkt. Wir haben schon gestern dargestellt, welche Zwecke die politischen Schieber mit der Veränderung der Regierungskoalition in Preußen und im Reich verfolgen. Nachdem nun aber das Resultat der Preußenwahlen endgültig festgestellt, erweist es sich, daß das ganze Treiben völlig überflüssig ist. Es ist jetzt absolut nicht mehr zweifelhaft, daß die alte Koalition in Preußen eine durchaus tragfähige Mehrheit hat.

Neuerdings ist es besonders das Zentrum, das mit besonderem Eifer nach neuen bürgerlichen Verbündeten in der Regierung sucht. Das Verben der liberalen Partei um den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition, das von den Demokraten auf das lebhafteste unterstützt wird, fällt bei den Strejemännern auf fruchtbaren Boden. Das Sinnesblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, zeigt sich geneigt, auf die beabsichtigte Verbreiterung der Koalitionsbasis — in Preußen nach rechts, durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, im Reich nach links, durch den Eintritt der Rechtssozialisten — einzugehen. Es wird die Frage, schreibt das Blatt, ob die bisherigen Regierungsparteien gewillt sind, auf einer verhältnismäßig schwachen Mehrheit die Regierung aufzubauen. Aus dem Munde der Deutschen Volkspartei klingt diese Frage besonders komisch, denn sie sah bisher im Reich in einer Regierung, die keineswegs von einer starken Mehrheit, sondern nur von der wohlwollenden Duldung der Rechtssozialisten lebte.

Das „Berliner Tageblatt“ hat es, wie üblich, in der Schmoderei über die Regierungsbildung bereits am weitesten gebracht. Klopfsenden Herzen liest der brave Bürger hier etwas von „Schwierigkeiten in der Regierungsbildung“, ohne zu ahnen, daß die Schwierigkeiten künstlich konstruiert worden sind. Das Blatt hat allerlei Lobenswürdiges über die Deutsche Volkspartei zu sagen, so z. B., daß sich der Staat Strejemann im Wahlkampf wesentlich anständiger benommen habe, als bei den Reichstagswahlen, und ferner, daß die Deutsche Volkspartei im Gegensatz zu ihrer Reichstagsfraktion in Preußen der republikanischen Verfassung zugestimmt hat.“ Stimmt — aber man darf ebenso wenig vergessen, daß auch die meisten Rappisten den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet hatten. Wo ist der Unterschied zwischen Rapp und Strejemann? Zugleich aber fälscht das „Berliner Tageblatt“, daß die Umbildung der Reichsregierung den Eindruck einer Krise machen könnte. Das müsse auf alle Fälle vermieden werden, und zwar mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage und die Londoner Konferenz. Das heißt also: kein Konflikt, sondern „einmütiges Zusammenstehen aller Volksteile“, dokumentiert durch die Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts und nach links, zwecks besserer Wirkung nach außen. Man geht also soweit, daß man die Gelegenheit benützt, um in nationalsozialistischem Einheitsrummel zu machen. Zu alledem soll der Wahlausfall in Preußen mißbraucht werden.

Wichtiger aber als alles, das ist die Stellungnahme des „Vorwärts“. Das Blatt wendet sich zunächst gegen den Versuch der führenden Persönlichkeiten der Regierungskoalition im Reich, unter sich verbindliche Beratungen über die zukünftige Zusammenfassung der beiden Regierungen zu pflegen. Zu entscheiden hätte über alles das nur die neue sozialdemokratische Landtagsfraktion. Die Redensart von der „Homogenität“ erledigt der „Vorwärts“ durch folgenden Satz: „Das Reich und Preußen dürfen also nicht, wie zwei Rekruten behandelt werden, denen der Kammerhergeant gleich große Mühen aufstülpt, obwohl sie verschiedene große Köpfe haben.“ Dem fügt der „Vorwärts“ hinzu:

„Solche Gleichmachelei um jeden Preis würde den Interessen des Reichs und Preußens wenig entsprechen, desto mehr entspricht sie aber den tatsächlichen Bedürfnissen bürgerlicher Parteipolitiker. Diese möchten schon längst gerne die Sozialdemokraten in die Reichsregierung hineinbringen, damit sie ihnen einen Teil ihrer Verantwortung abnehmen, sie möchten aber genau ebenso gern die Deutsche Volkspartei in die preußische Regierung hineinbringen, um dort den bürgerlichen Einfluß gegenüber dem sozialdemokratischen zu stärken. Man mutet also der Sozialdemokratie das Opfer ihres Wiedereintritts in die Reichsregierung zu und bietet ihr als Entgelt dafür — ein paar volksparteiliche Kollegen in der preußischen Regierung, wohl in der Annahme, dies sei es, wonach sie sich bisher am meisten gefehnt hätten.“

Der bisherige, zwar nicht ideale, aber doch erträgliche Zustand, sagt das Blatt weiter, hätte ruhig fortgesetzt werden können, „da die Landtagswahlen die Notwendigkeit einer Veränderung nicht ergaben“. Wenn das Zentrum und die Demokraten doch eine Veränderung wünschten, dann sei es Sache der S. V. D., welche Konsequenzen sie aus einer solchen Haltung der bürgerlichen Mittelparteien ziehen wolle. Der „Vorwärts“ schließt seine Darstellungen folgendermaßen:

„Sein oder Nichtsein der „homogenen“ Regierungen hängt von der freien Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei ab. Denn eine Regierung nur aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten wäre in Preußen ebenso eine Minderheitsregierung wie im Reich, aber an dem man sie zu bilden versuchte, wären auch schon beide Minderheitsregierungen unmöglich. Dann ließe sich die „Homogenität“ höchstens noch dadurch herstellen, daß man im Reich und in Preußen auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie — auch auf ihre wohlwollende Neutralität — verzichtete und den antisozialdemokratischen Bürgerblock begründete, der schon längst der Traum der Deutschnationalen ist.“

Alles in allem, die Prominenten in der Reichsregierung haben etwas unternommen, wovon man wohl weiß, wie es anfängt, aber nicht, wie es ausgeht. Quarta non movens, das Ruhende nicht bewegen, ist wohl auch nicht immer höchste Maxime der Staatsweisheit, aber immer noch besser als jappende Voreiligkeit, die das unterste zu oberst kehrt. Es ist auch nicht klug, Absichten merken zu lassen, die den andern verstümmen. Bernünftige Leute sollten sich bemühen, alles wieder in die rechte Reihe zu bringen, sonst kann nach der Tag kommen, an dem die „Homogenität“ dadurch hergestellt ist, daß man, statt der verschiedenen Regierungen, die man im Reich und in Preußen haben konnte, im Reich und in Preußen — überhaupt keine hat!

Womit unsere bereits gestern ausgesprochene Auffassung vollkommen bestätigt wird, nämlich, daß die Verbreiterung der Koalitionsbasis in Preußen durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei nicht notwendig ist und darum ganz nicht zur Debatte steht. Das ganze bleibt ein politischer Schiebertrieb der bürgerlichen Parteien, die, nachdem die Mandatsziffern selbst sie enttäuscht haben, ihren Einfluß in Preußen auf solche Weise hinterherum stärken möchten. Aus den Darlegungen des „Vorwärts“ ergibt sich die Konsequenz, daß auf der rechtssozialistischen Partei die Verantwortung dafür ruht, daß diese Schiebung vereitelt wird.

Unser die Zukunft!

Zum Ergebnis der preußischen Wahlen und zur Frage der Regierungsbildung schreibt die Leipziger Volkszeitung in ihrer Ausgabe vom Dienstag:

Das muntere Spiel über die Regierungsbildung nimmt auch schon einen ziemlich Umfang an, obwohl die Partei- und Fraktionsstärke noch gar nicht feststeht. Auch die kommunistische Presse beteiligt sich daran. Die politischen Analphabeten des halbschwarzen „Klassenkampfes“ schwächen davon, die Möglichkeit sei natürlich (!) gegeben bei der Entwicklung der U. S. V. (siehe Sachen), daß sich die Unabhängigen an einer Regierungskoalition beteiligen, die Demokraten, Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige umfaßt.“

Die Lante weiß über Verhandlungen wegen einer Koalitionsregierung das folgende zu melden:

„Die Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung und über die Umbildung der Reichsregierung haben bereits am gestrigen Tage eingeleitet. Zwischen den führenden Persönlichkeiten der Koalitionsparteien im Reich haben bereits Besprechungen in dieser Richtung stattgefunden, an denen Reichsanwalt Lehrenbach, der Reichsminister des Innern Dr. Koch und der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Strejemann, teilge-

nommen haben. Diese drei Parteien schienen untereinander bereits einig zu sein. Mit den Sozialdemokraten sollen die Verhandlungen erst im Laufe des heutigen Nachmittags angeknüpft werden. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei sind die Meinungen darüber, ob man in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eintreten solle, geteilt. In der jüngsten Zeit scheint aber jener Flügel die Oberhand gewonnen zu haben, der geneigt ist, diese Koalition anzunehmen. Von größtem Gewicht wird für die Entscheidung der Sozialdemokraten die Meinung und Haltung des Reichspräsidenten Ebert sein.“

Der „Vorwärts“ legt in der Montagsausgabe, über die Regierungsbildung zu sprechen, sei noch verfrüht, davon, „daß die bisherige Regierungskoalition ihre Mehrheit verlieren könnte, kann kaum die Rede sein.“ Sehr unklar ist die Wendung: „Nur sozial kann heute schon gelagt werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, der Reaktion und dem Nationalismus auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen.“ Die Frage ist doch klipp und klar: Bilden die Rechtssozialisten mit den bisherigen Koalitionsparteien wieder eine Regierung, oder auch mit den Strejemännern zusammen?

Wir aber, die Klebergerittenen, werden wie nach den früheren Niederlagen erleben, daß unserer Bewegung die Zukunft gehört; denn weder kann das Heil der deutschen Arbeiterklasse von einem Zusammenarbeiten mit dem Bürgertum noch von der konfusionsistischen anarchistischen sogenannten kommunistischen Partei kommen.

Die Konzeptionschulzen

Betriebsräte im Aufsichtsrat

Der sozialistische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich erneut mit dem Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Eine Verständigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Frage der Rechte und Pflichten der entsandten Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat war nicht erfolgt. Die Arbeitgeber legten dem § 70 so aus, daß die Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat kämen nur, „um die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren“. Die Arbeitnehmer waren inbezug der Auffassung, daß die Bestimmung der Teilnahme „an allen Sitzungen“ des Aufsichtsrates nur bedeuten könne, daß die Betriebsratsmitglieder sich und Stimme in allen Sitzungen haben.

In der Frage der Stimmfähigkeit wollten sich die Arbeitgeber auf den Regierungsstandpunkt, daß ihre Selbsthaltung für die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat zwar praktisch ziemlich bedeutungslos, aber moralisch von Bedeutung sei. Die Arbeitnehmer hielten eine solche äußerliche Verschärfung des Verantwortungsgesühls nicht für notwendig, da die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsräte sich ohnehin ihrer Verantwortung für die von ihnen vertretenen Gesamtinteressen bewusst sein würden, und auch für unzureichend, da die Betriebsratsmitglieder nicht finanziell an dem Unternehmen beteiligt sind.

Bei den Bestimmungen, die die Zahl der in dem Aufsichtsrat zu entsendenden Betriebsratsmitglieder und die Wahl aneben, machte sich auf der Arbeitgeberseite das Bestreben geltend, das aktive und passive Wahlrecht an eine Reihe von Sicherungen im Interesse der Betriebe zu knüpfen. Die Arbeitnehmer wollten in diesem den Wahlkörper nach Möglichkeit verbreitern und auch das passive Wahlrecht unbeschränkt lassen sowie die Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Regierungsvorlage hält etwa die Mitte zwischen beiden Bestrebungen, indem sie sich bei möglichst breiter Basis doch den besonderen Bedingungen des Aufsichtsrates anpassen versucht.

Die Gegenläufe waren in mehreren Punkten von beiden Seiten zum Ausdruck gekommen, die häufig mit Stimmgleichheit, immer aber so, daß alle Arbeitgeber auf der einen und alle Arbeitnehmer auf der anderen Seite standen, abgelehnt wurden. Die Regierungsvorlage wurde nur im § 6 auf Antrag Thälens mit einem Zusatz versehen, der die paritätische Besetzung der Aufsichtsratsplätze und den Schutz von Minderheiten gewährleistet. Im übrigen wurde sie unverändert angenommen. Eine zweite Lesung der Vorlage wird am 28. Februar stattfinden.

Es zeigt sich hieran wiederum, daß in paritätischen Körperschaften die Verständigung über Dinge, bei denen Machtgleichheit mitsprechen, einfach unmöglich ist. Diese ganzen Bestrebungen können nur neue Enttäuschungen der Arbeiterschaft zur Folge haben. Ein ernsthaftes und wirksames Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in allen Angelegenheiten der Produktion durch eine Vermehrung der Rechte der Betriebsräte kann nicht erschaffert, sondern muß erkämpft werden.

Selbstmordversuch eines Spitzels

Im Essener Wasserwerkversuch wurde gestern nach Schluß der Tagungsarbeiten eine Verhaftung des Staatsanwalts der früheren Kommunistenführer Lombrod verhaftet. Auf dem Transport zum Polizeipräsidium machte er einen Selbstmordversuch, verletzte sich aber nicht lebensgefährlich. Lombrod kam nach der Revolution als Ratlos ins Ruhrgebiet und wurde in Hörde Leiter des Spartakusbundes. Er trat dann in den Dienst der Polizei und leistete ihr lange Zeit hindurch Spionagetätigkeit, wofür er gut bezahlt wurde. Nach den Kämpfen wurde er verhaftet, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt, um Material über die Vorgänge am Essener Wasserwerk zu sammeln. Auf seine Angaben hin wurden dann die 15 Arbeiter verhaftet, die sich leicht in Essen wegen angeblicher Ermordung mehrerer Sicherheitspolizisten zu verantworten haben. Lombrod war anfangs als Zeuge nicht aufzufinden, die Staatsanwaltschaft behauptete, der Verdacht des Zeugen sei trotz großer Bemühungen nicht feststellen gewesen. Schließlich meldete sich Lombrod freiwillig, und gab an, daß er keine Auslagen heute nicht mehr aufrechterhalten könnte.

Aus Sowjetrußland

Oppositionelle Stimmung der Arbeitermassen

Die Moskauer „Pravda“ bringt in ihrer Nr. 27 vom 8. Februar eine zusammenfassende Schilderung der Moskauer Gouvernementskonferenz der Metallarbeiter, die tiefen Einblick in die oppositionelle Stimmung der Arbeitermassen gewährt. Diese Konferenz ist wie das Blatt bemerkt, die erste, die in den drei Jahren der Revolution auf Grund einer breiten Vertretung der parteilosen Arbeitermassen einberufen worden war. Die faulen Konferenzmitglieder traten den Rednern, die den kommunistischen Standpunkt verfochten, sehr gereizt entgegen und ließen sie fast gar nicht zu Worte kommen. „Man hörte nur denjenigen willig zu, die die Mängel des Sowjetapparates ingrimmig geißelten.“ Man traute dem Konferenzpräsidenten nicht und bezweifelte die Ergebnisse der Stimmabgaben. „Das Verhalten gegenüber den eigenen Gewerkschaftsorganen zeugte von noch tieferem Mißtrauen.“ Die Konferenz betonte mehrmals demonstrativ ihre Parteilosigkeit. „Man fühlte“, schreibt die „Pravda“, „daß der Bruch der Massen mit der Partei und den Gewerkschaften ein völliger war. Die menschlichen und sozialrevolutionären Redner versuchten, die Konferenz davon zu überzeugen, daß an den Verorganisationsmaterialien die Kommunisten und das vorzeitig eingeführte sozialistische System schuld seien.“ Ganz offen wurde sogar daraus die Folgerung gezogen, daß man sich in die Arme der Bourgeoisie werfen müsse. Auch antimilitärische Stimmungen traten zutage und ein Redner ließ sich, ohne Widerspruch zu finden, über die Judenberührung in den Wirtschaftsorganen aus. Die Konferenz vereinzelt sich unter der gegen die oberen Schichten der Partei und der Gewerkschaften und gegen die „Spezialisten“ gerichteten Parole: „Genug der Privilegien“ und schloß in diesem Sinne scharfe Resolutionen.

Tasche, daß die Jungfrau, das frommste von Schillers Stücken, schillerlich draufgängerisch nicht mehr gespielt werden kann, aber als Kissen, Kissen und Theaterstück zum Bühnenerperiment loht. Früher war die Jungfrau stets ein Heroine, also hochheilig und toll. Das Billionäre wurde niemals Leben und allen berühmten Darstellerinnen der Vergangenheit sprach es die maßgebende Kritik ab. Erst heute, wo wir das „klassische“ Ideal überwunden haben, kann die Jungfrau so gespielt werden, wie Schiller sie zwar nicht gebietet, aber empfunden hat, als er schrieb, die Schauspielerin „könnte ein Kind sein“.

Reinhardt hätte vermutlich das „Kind“ als pathologische Hysterie ein Spiel. Der Expressionismus ist über solche Krankheitszustände hinaus. Er hat die Mystik des Mittelalters als eine große Kraft und den gotischen Stil als ihren gewaltigen künstlerischen Ausdruck entdeckt. Shakespeares Jungfrau ließe sich gotisch nicht spielen, denn sie ist ein prall lebendiges Geschöpf. Schillers blutlose Jungfrau kann aber nur so lebendig gemacht werden. Dar daß die historische Jungfrau ein Produkt des mystischen, gotischen Mittelalters, das in den Menschen, wenn sie verjährt waren oder sich von Gott belacht glaubten, überirdische Kräfte weckte. Der Expressionismus von Martin und Laut machte daher aus Schillers Stück eine Heiligenlegende, aus dem Theaterstück ein indiskretes Wunder, aus der Heroine ein häuerisches, aber zarbisches Geschöpf, in dem die Berufung magische Kräfte liegt.

Aus dieser neuen Auffassung heraus durchwuchs der Expressionismus die Aufführung und brachte ganz kompromißlos Großes und Neues zustande. Bild, Wort, Raum und Licht waren vollkommen neu gefaltet und zu einer tatsächlichen Einheit geworden. Was schadet es, daß Schiller sie teils mit seinen Fehlern, teils mit seinen Werken öfters durchbrochen hat. Sie war als Ganzes überwältigend. Bruno Laut, dieser große sozialistische Künstler, hat alles Bildliche in Architektur verwandelt. Landschaft und Boden sind in eine von subtilen Formen durchschossene, aber streng geschlossene, dreifache Vogenarchitektur zusammengezogen worden, die aber nicht aus den alten, langweiligen geraden oder gebogenen, sondern aus zackigen Linien besteht. Die gewohnten „himmelförmigen“ Formen sind neuen, schwebend trummern, schiefen, schwebenden, gewölbten, die aber so ausgefallenen sind, daß das Unsymmetrische symmetrisch und die neue Formenprache wie etwas Vertrautes wirkt. Die Drehbühne läßt die Bogen bald nach hinten, bald zur Seite und das Licht läßt sie einmal wie alte Bäume wirken, die zu Stein erstarrt sind oder wie geheimnisvolle Felsklüfte, in die der schwarze Ritter die Jungfrau lockt. Zu neuen unabsehbaren Wirkungen verwendet Laut das Licht, niemals naturalistisch — früh ist es hell, abends dunkel —, sondern symbolisch, um das Seelische auszudrücken. In einigen Szenen wechselte das Licht zu einem endgültigen Licht kommen.

Etwas vollkommen Neues waren die Gruppierungen und Gebärden. Auf sie konnte man, der großen Schwierigkeiten wegen, vor jeder Szene mit besonderer Spannung warten. Fast keine hat enttäuscht. Die richtige Witze war gefunden worden zwischen

gotisch-expressionistischer Gebundenheit und der Körperlichkeit für den Schauspiel, der sich bewegen und ausleben konnte. Niemals wurden Bilder „gesteuert“. Menschen und Worte waren zu einer ganz neuen raumtief wirkenden Bildhaftigkeit geformt worden. Die Regie hatte ausgezeichnete Kräfte: Werner Krauß, Agnes Strauß, Lina Lorenz. Aber ohne ein schauspielerisches Medium, wie Helene Thimig, hätte sie ihr Ziel nie erreicht. Ihre Jungfrau ist eine wahre Volksbeliende, ein tägliches höheres Dostkind, ein Gewächs des Bodens, ein allen Eingebungen empfängliches Geschöpf. Wie im magnetischen Schlaf empfängt sie den Befehl zum Handeln und wie in der Hypnose handelt sie: immer mit halbgeschlossenen Augen. Sie bleibt Kind, selbst in den Schlauchten, bis sie zum Weibe durch die Liebe wird. Etwas rührenderes als den Monolog des vierten Aufzuges „Weise, Weh mir! Welche Löse!“, der sich mit der Musik der Holzbläser vermischt, habe ich niemals gehört. Und in den Schlauchten hatte sie eine solche heldenhafte Stärke, daß Schillers Schönen zu einer Gestalt wie Kleistens Penthesilea wurde. Ihr Tod war eine Himmelssahrt, ihr Leben Vollendung. Sie vor allem gab der Ausführung die ergreifende Glaubhaftigkeit, die über alle Kunst hinweg Schillers „braves“ Theaterstück in ein Mysterium verwandelt hatte.

Felix Stillingers

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ Donnerstag früh beilagt, hat folgenden Inhalt: Germania Esst; Die tolle Lotte; eine Novelle. Dr. Julius Reiner; Das Leben und seine Reife (mit einer Tabelle). Glühbrenner; Die Sklaven-Emancipation. Natur und Technik; Die Zukunft unserer Territorien. Was ist Phosphoreszenz? Neues vom Bogelzug. Raube und Gatten; Destinfektion in Biehställen. Ein neugepflanzter Obstbaum. Eine besonders schöne Schlingpflanze. Blasse Docter. Mutter und Kind; Die Kinderkrankheiten; Schriak. Der gesunde Körper; Appetit und Sättigung. Verbrunnungen und Brandwunden. Ehe du schlafst gehst Sport; Die Augen beim Sport. Die Wirkung des Schwimmens auf die Gesundheit. Der Demokrat, Karrikatur von Florath.

Reigenpöbel in Berlin. Die erfolgreichen Versuche der Wiener und der Münchener Kulturkämpfer mit Stinkbomben haben gekoren einen Trupp vertriebt das Gleiche in Berlin zu versuchen. Während der Vorbereitung wurde eine Stinkbombe auf die Bühne geworfen. Die Ständemacher waren bezagelte Subjekte vom Verband national gekannter Soldaten“ und vom „Deutschen Schutz und Trutzbund“. Die Sicherheitspolizei sperrte alle Passagen und schaffte die Hauptstücke auf zwei Lastautos weg. Wir hoffen, daß dieser Standal nicht durch den Standal eines Verboles überboten wird.

Tages-Notizen

Widerstands. Kurt Schillings ließ nicht stellen, sondern heute abend 20 Uhr, im „Sturm“, Tolstower Str. 124a, einen Vortrag. — Prusa Reiter ließ Montag, 8 Uhr, in der Berliner Caserne „Die Gewerkschaft“ von Reiter und aus „Wasa Kurelina“ von Tolstol.

